



Zentralismus versus organisatorischer Flickenteppich?

Für die Einen bietet ein Urteil des Verfassungsgerichts zu Hartz IV einen erneuten Anlass, die Opfer von Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und Sozialabbau zu verhöhnern und neue Härten anzudrohen. Andere sehen in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den Anlass, sich erneut mit der Umsetzung von ihnen nicht verantworteter „Reformen“ zu befassen, so dass wenigstens nicht noch weiter auf Kosten der Betroffenen reformiert wird. „Wie weiter mit den ARGEN?“ - dieser Frage widmeten sich am 27. Februar mehr als 40 Kommunalpolitiker, Betroffene und Vertreter der zuständigen Verwaltungen.



Der Brandenburger Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Günter Baaske plädierte für die Regionalisierung bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser, da die Arbeitsmärkte in Freiburg und in Prenzlau nunmal verschieden sind. Der Bund dürfe sich jedoch nicht finanziell aus der Af-

färe ziehen. Zudem sprach er sich gegen eine Erhöhung der Zuverdienstgrenze aus, da hierdurch weitere Geringverdiener durch Hartz IV-Bezieher ersetzt würden. Baaske forderte insbesondere die Eingliederungsvereinbarungen zu verbessern und diese auch längerfristig anzulegen. Bernd Schade als Vertreter einer ARGE, der Leiter des Amtes für Grundsicherung der Uckermark Lothar Thiele und Christian Ramm von der Arbeitsagentur in Eberswalde erachteten eine zu zentralistische Arbeitsmarktpolitik als nicht sinnvoll und forderten schnelle Entscheidungen der Politik im Sinne der Betroffenen. Der Gesetzgeber habe sich mit dieser Entscheidung nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes drei Jahre Zeit gelassen. Christian Ramm befürchtet, dass die Behörden dann mit der Umorganisation zu tun haben werden, statt mit den Betroffenen. Bernd Schade forderte mehr Offenheit der Bundesanstalt für Arbeit, um den Optionskommunen bezahlbare Dienste beispielsweise ihre Callcenter zur Verfügung zu stellen.

Lothar Thiele räumte ein, dass das Know-how der ARGEN am Beginn besser war, als das der Optionskommunen, deren Mitarbeiter jedoch jetzt auch zunehmend qualifiziert sind. Er sprach sich dagegen aus, Forderungen zu stellen, die niemand erfüllen könne. So könne eine ehemalige LPG-Bäuerin, die seit 1990 de facto arbeitslos sei, kaum in ein anderes Bundesland vermittelt werden.

Auf ein Wort

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, gegenwärtig befindet sich die erste rot-rote Landesregierung in der Haushaltsdebatte mit den Ausschüssen des Landesparlaments und es ist ganz offensichtlich, dass nicht alle Versprechungen und alle Wünsche gleich und sofort erfüllt werden können. Bei manchem gab und gibt es wohl die Erwartung, dass die Ziele des Koalitionsvertrages für die Jahre 2009 bis 2014 bereits im ersten Jahr realisiert werden können. Nein, wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker glauben das nicht, wissen wir doch um die Schwierigkeiten mit Neuverschuldungen umzugehen und damit die Zinslast kommender Generationen zu erhöhen. Doch wir haben gehofft und erwartet, dass es der neuen Landesregierung gelingt, die kommunale Finanzausstattung auf sicherere Füße zu stellen. Die seit Jahren sinkenden Finanzzuweisungen (auch wenn dies zwischenzeitlich durch Steuermehreinnahmen unterbrochen war) zwingen die Kommunen ihre sozialen kulturellen und Dienstleistungsangebote auf Sparkurs zu fahren. Das kann und wird auf Dauer nicht gut gehen! Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie in den kommenden Jahren einen akzeptablen Ausgleich für die sinkenden Schlüsselzuweisungen an die Kommunen schafft und damit die kommunale Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Landkreise künftig gewährleistet. Ein entsprechender Antrag wurde auf dem Landesparteitag beschlossen.

Ihre Margitta Mächtig

Die generelle Ablehnung von Hartz IV erneuerte der Referent der Fraktion Die LINKE im Bundestag Dr. Andreas Aust. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem organisatorischen Flickenteppich und unklaren Zuständigkeiten, die Anlass für ständige Konflikte böten und forderte eine bundesweite Steuerung der Arbeitsmarktpolitik und gleichwertige Standards bei der Leistungserbringung. Die Evaluierung habe ergeben, dass die Optionskommunen „systematisch weniger erfolgreich bei der Überwindung von Hilfebedürftigkeit und Vermittlung in bedarfsdeckende Beschäftigung“ sind.



„Nur im Interesse des Unternehmens“

Bei einer Festnahme immer schweigen! Keine Angaben zur Sache machen und jeder Mitnahme von Beweismaterial widersprechen. Wer diese Maßregeln von Rechtsanwalt Bellinghaus hörte, mochte wenigstens innerlich zusammenzucken und denken, was er sich da aufgeladen hatte mit seinem Posten im Aufsichtsrat.

ten und Haftungsrisiken des Aufsichtsrats“ zu widmen. Der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Brandenburger Landtag Stefan Ludwig stellte noch einmal die Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder dar und betonte dabei, dass der Aufsichtsrat kein öffentliches Organ sei, dass Beschlüsse der Gemeindevertretung umzusetzen habe, sondern einzig dem Unternehmen verpflichtet sei. Professor Dombert erläuterte die juristischen Grundlagen der Haftung von Gemeindevertretern im Aufsichtsrat. Im Gegensatz zu Abgeordneten im Bundes- oder Landtag sind Gemeindevertreter keine Parlamentarier auch wenn die weitverbreitete Floskel von den kommunalen Parlamenten dies nahelegen könnte. Und im Gegensatz zu Parlamentariern die keiner Haftung unterliegen, schützt Kommunalpolitiker auch keine Immunität. Geschützt werden sie durch § 34 des Grundgesetzes, das außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit



Doch Professor Dr. Matthias Dombert aus Potsdam konnte die Teilnehmer der Veranstaltung etwas beruhigen, bislang sei noch kein Aufsichtsrat zur Kasse gebeten worden. Allerdings so führte der Jurist aus, gewinne die Haftung nicht nur juristisch sondern auch politisch an Bedeutung. Rechtliche Sachverhalte würden zunehmend Gegenstand politischer Auseinandersetzung. Ein Anlass, der auch das kommunalpolitische forum bewogen hatte, seine Auftaktveranstaltung am 30. Januar in Potsdam den „Rechten, Pflicht-

die Gemeinde in die Pflicht nimmt. Bei der Mitgliedschaft in einem Aufsichtsrat tritt jedoch die Eigenhaftung nach Privatrecht in Kraft. Dombert wies darauf hin, dass die Gemeinden durch die Privatisierungen ihrer Unternehmen ihre politischen Steuerungsmöglichkeiten aufgegeben haben. Wie seine Fachkollegin Dr. Heide Sandkuhl, betonte auch er, dass der Aufsichtsrat ausschließlich vom Interesse des privaten Unternehmens ausgehen müsse.

KF-Mitglieder fordern finanziellen Ausgleich für Kommunen

Am 13./14. März 2010 tagte der 2. Landesparteitag der LINKEN in Potsdam. Auf Antrag von linken Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen des kf wurde folgende Forderung in den Beschluss des Parteitages aufgenommen: „Wir bitten die Landtagsfraktion für den Haushalt 2010 sich dafür einzusetzen, eine Stärkung der Kommunal Finanzen zu erreichen, indem die Vorwegnahme in Höhe von 50 Mio. Euro gestrichen wird und bei der Debatte für das FAG 2011 dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen einen angemessenen Ausgleich für ihre unverschuldeten Mindereinnahmen erhalten.“

Bürgermeisterwahlen in Brandenburg

Detlef Tabbert (LINKE) hat am 14. März die Stichwahl zum Bürgermeister von Templin klar mit 63,4 Prozent für sich entschieden. Kandidaten der LINKEN in anderen Städten blieben dagegen chancenlos. In mehr als 40 Kommunen des Landes Brandenburg stehen in den Jahren 2010 und 2011 Bürgermeisterwahlen an. Das kommunalpolitische forum bereitet derzeit Qualifizierungen für Bürgermeisterkandidaten vor.

Der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen widmet sich ein Seminar am **10. April 2010** von 10 bis 16 Uhr in Garz/Amt Plattenburg, Garzer Straße 32. Referent ist Thomas Görner. Anmeldungen nimmt die Kontaktstelle Perleberg entgegen: Tel. 03876616842 .



Büroeröffnung in Finsterwalde.

Am 26. Februar eröffnete die Landtagsabgeordnete der Linken Caroline Steinmetzer-Mann ihr neues Bürgerbüro. Damit hat auch die regionale Kontaktstelle des kommunalpolitischen forums eine neue Adresse: August-Bebel-Straße 9 in 03238 Finsterwalde, Telefon: 03531/ 717143



Buchtipps: Carsten Herzberg Von der Bürger- zur Solidarkommune Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung 248 Seiten EUR 17.80

Die Bürgerkommune wurde von fast allen im Bundestag vertretenen Parteien als lokalpolitisches Leitbild gewählt. In diesem Buch wird gezeigt, was die Bürgerkommune eigentlich ist und wie sie von den Parteien aufgegriffen wurde. Problematisch ist dabei, dass das am weitesten verbreitete Leitbild lokaler Demokratie nicht den Herausforderungen entspricht, denen sich Kommunen in Zeiten der Globalisierung stellen müssen. Dies bezieht sich sowohl auf eine konsequente Strategie jenseits einer neoliberalen Modernisierung als auch auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung.

Das Konzept der Solidarkommune nimmt diese Aspekte auf und wird als eine Alternative vorgeschlagen. Carsten Herzberg erarbeitet anhand von Fallbeispielen ein „anderes“ lokalpolitisches Leitbild, bei dem die Beteiligung von Bürgern über eine symbolische Politik hinausgeht und Möglichkeiten für einen Bruch mit bestehenden Logiken aufgezeigt werden. Die Solidarkommune bietet sich denjenigen zur Diskussion an, die für ihre globale Gegenstrategie eine kohärente, lokalpolitische Entsprechung suchen und sich fragen: Unter welchen Bedingungen wäre ein „Porto Alegre“ in Europa möglich?

Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung

-

„Ohne Moos nix los“ Kommunalpolitische Konferenz 27. und 28. März 2010 Haus der Technik, Hollestraße 1, 45127 Essen

PROGRAMM

27. März 2010

13 Uhr Begrüßung

Sylvia Gabelmann, Stellv. Sprecherin des
Landesvorstandes NRW, DIE LINKE

13.15 Uhr Eröffnung

Bernhard Sander, Stadtverordneter in Wupper-
tal, Mitglied des Landesvorstandes NRW, DIE
LINKE

13.30 Uhr

„Welche Zukunftschancen hat kommunale
Selbstverwaltung in NRW?“ Stefan Pfeifer, DGB
NRW, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und
Strukturpolitik/Technologiepolitik

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise
auf die Kommunen – Worin liegt die Verantwor-
tung des Bundes? Dr. Axel Troost, MdB

15 - 18 Uhr Workshops

I. Direkte Beteiligung von BürgerInnen an der
Haushaltspolitik Christina Emmrich, Bürgermeis-
terin von Berlin-Lichtenberg; Ulrike Detjen, Mit-
glied der Landschaftsversammlung Rheinland
Moderation Petra Brangsch

II. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen –
Öffentliche Unternehmen stärken – Rekommun-
alisierung vorantreiben Ulla Lötzer, MdB; Frank
Kuschel, MdL; Jörg Dittberner, Stadtverordneter
Prenzlau; Gerhard Rohne, Kreistagsabgeordneter
im Landkreis Uckermark
Moderation Hans Thie

III. Chancen und Risiken der Doppik Stefan Lud-
wig, MdL; Michael Faber, Stadtrat in Bonn
Moderation Felicitas Weck

IV. Spekulationsgeschäfte in der Kommune –
Risiken, Folgen und Auswege Barbara Höll,
MdB; Uwe Vorberg, Rat Bochum
Moderation Katharina Weise

V. Kommunale Investitionen – Welche Alterna-
tiven gibt es zu PPP? Werner Rügemer, freier
Journalist; Olaf Hartmann, Hannover Gewerk-
schaftssekretär ver.di Moderation Dominik Fette

19 Uhr Oben prassen, unten sparen?

Bürgerforum Ulrich Maurer, MdB, Bärbel Beuer-
mann, Stadtverordnete in Herne, Mike Nagler,
Mitglied von „APRIL“ und Mitinitiator des Bür-
gerbegehrens „Stoppt den Ausverkauf unserer
Stadt“ in Leipzig Moderation Marion Heinrich

28. März 2010

10 - 13 Uhr Gemeindefinanzreform auf den Weg
bringen Dr. Axel Troost, MdB; Gabriele Schmidt,
Leiterin des Landesbezirks ver.di NRW; Burk-
hard Mast-Weisz, Stadtdirektor Remscheid; Si-
mone Lüttke, Oberbürgermeisterin von Borna
Moderation Dr. Gesine Löttsch, MdB

Anmeldung: FAX: 030/22 75 65 44 ,
E-Mail: veranstaltung@linksfraktion.de

Impressum

Herausgeber:

kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernal;

Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295

e-mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss

März-Ausgabe : 14.03.2010